

Das „Volk“ erscheint täglich morgens und nachmittags. Sonntags und Montags nur einmal. Der Preis beträgt bei jeder Lieferung 30 Pfennig. — Für den Monat Dezember, im Voraus zahlbar. — Für den Rest des Jahres 1922: 3,00 M. — Einmalige Beiträge: 1,00 M. — Familienkreise: 3,00 M. — Ausland: 4,00 M. — Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Die schneeweiße Monatshefte über den Raum haben 6.— M. einschließlich Postenporto. Diese Ausgaben: Das letztgedruckte Wort 2.— M. über weitere 100.000 M. einschließlich Postenporto. Vorkauf: Angerben laut Text. Familienkreise und Einzelhefte 3,75 M. netto pro Heft. Einzelhefte in Wien-Angebot: Das letztgedruckte Wort 1,50 M. über weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

# FRITZE

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Der Plan einer europäischen Konferenz Vereinbarung statt Gewalt

London, 14. Dezember.

Im „Daily Chronicle“ tritt Politikus für die Einberufung einer europäischen Konferenz durch Lord George und Briand unter Teilnahme Deutschlands, der übrigen ehemals feindlichen Staaten und Russlands ein, um die Grundpläne für ein europäisches Übereinkommen zu erörtern, wie dies in Washington für die pazifischen Fragen geschehen ist. Politikus schreibt, der Friede Europas beruhe augenblicklich nicht auf Vereinbarungen, sondern auf Gewalt. Man müsse Vereinbarungen an die Stelle militärischer Bedrohungen setzen und so einen Weg für den Frieden, die Abrüstung und den wirtschaftlichen Wiederaufbau in Europa ebnen. In der Reparationsfrage müsse sich Deutschland verpflichten, angemessene Reparationen zu zahlen. Es sei jedoch klar, daß Deutschland nicht zahlen könne, was man erwartet habe und was der Vertrag von Versailles vorsehe. Eine Regelung der Reparationsfragen sei sinnlos ohne gleichzeitige Regelung der Rüstungsfragen. Es habe seinen Wert, Militärorden von Deutschland herauszubekommen, damit Frankreich sie für sein Heer oder den Bau von U-Booten ausgeben. Einen wesentlichen Teil jedes Übereinkommens in der Reparationsfrage würde also immer die Bedingung bilden, daß Frankreich und die anderen europäischen Mächte ihre Streitkräfte herabsenken. Wenn Deutschland erklären würde, an einem Übereinkommen teilzunehmen, in dem es wirkliche Garantien, vielleicht unter Völkerbundsaufsicht, gebe, z. B. daß es sein Heer auf 100 000 Mann beschränke: weshalb könne sich Frankreich dann nicht mit einem Heere begnügen, das stärker sei als das Deutschlands, aber nur Verteidigungszwecken diene, und warum könnten nicht auch alle anderen Mächte in dem gleichen Verhältnis abzurufen?

Eugenblat, in dem der Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten, dem englischen Weltreich, Frankreich und Japan unterzeichnet wird, wird erklärt, daß es der Wille und die Absicht der unterzeichnenden Mächte ist, 1. daß der Vertrag sich auch auf die Mandatsinseln im Stillen Ozean bezieht unter dem Vorbehalt, daß der Abschluß dieses Vertrages die Zustimmung der Vereinigten Staaten zu den erteilten Mandaten bedeutet und nicht den Abschluß von Verträgen zwischen den Vereinigten Staaten und den Mandatsmächten verhindert, die sich auf die Mandatsinseln beziehen, 2. daß in dem Abkommen im § 2 Artikel 1 nicht die Fragen enthalten sind, die nach den Grundsätzen des internationalen Rechtes von der Souveränität der in Frage kommenden Mächte abhängen.

Präsident Harding wird den Vierervertrag dem Senat nicht eher zur Ratifizierung vorlegen, ehe nicht die Washingtoner Konferenz beendet ist.

Der japanische Ministerpräsident Taka-hashi erklärte in einer Rede, daß das Viererabkommen im Pazifischen Ozean ein unüberwindliches Hindernis für jeden Angriff bilde, und daß es den größten Dienst leisten werde, der jemals in der Weltgeschichte dem allgemeinen Frieden geleistet worden ist.

### Die Verteilung der deutschen Milliarde

Das Brüsseler Finanzabkommen vom 13. August 1920, das die Verteilung der nach dem Londoner Ultimatum gezahlten deutschen Goldmilliarde regelte, ist bekanntlich von Frankreich, trotzdem der französische Finanzminister Doumer das Abkommen unterzeichnete, nicht ratifiziert worden. England hat wiederholt erklärt, daß es an dem Abkommen festhalte. Da es nach den Berichten der französischen Presse über den Besuch Loucheurs den Anschein hatte, als sei England geneigt, zum Vorteil Frankreichs das Finanzabkommen vom 13. August abzuändern, durch das die erste von Deutschland am 31. August gezahlte Milliarde Goldmark zwischen England und Belgien verteilt wird, erklärt Reuters nach Informationen von gut unterrichteter Seite, daß die Haltung der britischen Regierung unverändert sei. England bleibe dabei, daß dieses Abkommen von der französischen Regierung ratifiziert werden solle. Die vor kurzem geführten Beratungen hätten zweifellos ergeben, daß die belgische Regierung nicht bereit sein würde, auf ihre Prioritätsrechte bei dem Anteil an dieser Summe zu verzichten. England sei ebensowenig bereit, seinen Anteil aufzugeben, der dazu bestimmt ist, die großen Kosten des Besatzungsheeres zu erleichtern.

Der „Welt Pariser“ bemerkt zu dieser Neutermelung, man möge sich durch sie nicht beruhigen lassen und der Zusammenkunft zwischen Briand und Lord George mit Vertrauen entgegensehen.

### Kurse, Preise und Löhne Kosten der Lebenshaltung in Deutschland, England, Frankreich

Die Börse steht im Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit. Das Interesse für den Stand der Devisenkurse folgt gleich auf das Interesse für das neueste Kinodrama. Kreise, die von der Börse früher nur den Namen, von den Devisen und der Baluta nicht einmal diesen kannten, verfolgen heute mit Eifer das Auf und Ab der Kurse. Nach dem Stande des Dollars berechnen wir unsere Lebensmöglichkeiten. Wir sind daran gewöhnt, daß jedes Steigen des Dollars unseren Lebensstandard kürzt, alle Preise in die Höhe treibt, wir sind aber gar nicht daran gewöhnt, daß eine Senkung des Dollarfußes mit der gleichen Geschwindigkeit eine Verminderung der Preise hervorruft.

Alle, die ein festes Einkommen an Lohn oder Gehalt beziehen, sind ferner daran gewöhnt, daß ihre infolge der Wertaufschleicherungen erhobenen Lohnforderungen trotz der offensichtlichen Wertminderung der Lohnsumme entweder auf heftigen Widerstand oder auf sehr zögerndes und immer ungenügendes Entgegenkommen der Unternehmer stoßen — derselben Unternehmer, die samt und sonders die Preise sofort nach den Kurssteigerungen regulieren, soweit dies nur einigermaßen möglich ist. Die Arbeiter und Angestellten sind andernteils daran gewöhnt, daß Lohnforderungen, die im Augenblick einer Verbesserung des Marktkurses erhoben werden müssen, mit dem Einwand zurückgewiesen werden, daß doch nun, da der Wert der Markkurse steigt, kein Anlaß zu Lohnerhöhungen mehr gegeben sei.

Das geschieht z. B. gegenwärtig. Die Arbeiter und Angestellten werden indes von einer Steigerung des Wertes der Lohnmark noch nichts bemerkt haben, denn einstweilen kommen noch immer die Nachwirkungen der vorausgegangenen Wertaufschleicherung in weiteren Preissteigerungen zum Ausdruck. Ein weiteres Steigen der Markkurse wird die Aufwärtsbewegung der Preise zwar schließlich zum Stillstand bringen, aber ob ein nennenswertes Preisrückschlag eintritt, das ist zweifelhaft und bleibt zum mindesten abzuwarten.

Das zeigt nun, daß die Bewegung der Devisenkurse eine unbrauchbare und für die Arbeiter und Angestellten selbst höchst nachteilige Unterlage für die Festlegung der Löhne und Gehälter ist. Als Maßstab für die Schätzung der Kaufkraft des Lohnes und für die Berechnung notwendiger Zulagen bleiben uns immer nur die Maßzahlen für die Lebensmittelpreise, über deren Stand wir laufend berichtet haben.

Und zwar müssen wir, um ein stichhaltiges Urteil über das Verhältnis zwischen Preisen und Löhnen zu gewinnen, zurückgehen auf den Stand vor dem Kriege. Ein solcher Vergleich ist jüngst von maßgebender Stelle berechnet und dem Reichstagsabgeordneten als Material zur Verfügung gestellt worden. Die Berechnung, die nach einer sorgfältig überlegten Methode erfolgte, hatte zum Ziel die Heraushebung von Vergleichsmaterial zwischen den Löhnen und Preisen in Deutschland, England, Frankreich und Amerika. Besonders der Vergleich mit dem Auslande machte eine sehr vorichtige Berechnungsmethode nötig, auf die wir nicht näher einzugehen brauchen.

Das Ergebnis der Berechnung ist jedoch ungemein lehrreich. So standen am 1. August 1921 in Deutschland die Löhne für die Arbeiter in den Reichsbetrieben um 6 sogenannte Goldpunkte über dem Lebensmittelpreis, was eine kleine, kaum fühlbare Besserung der Lebenshaltung gegen die Vorkriegszeit bedeutet. Diese Besserung würde wahrscheinlich völlig verschwinden oder wohl gar in eine Verschlechterung umschlagen, wenn auch die Bekleidung in die Berechnung der Lebensmittelpreise einbezogen werden würde, was bekanntlich nicht geschieht. Für andere Gruppen, vornehmlich für gelernte Arbeiter, stellt die Berechnung ohnehin eine Verschlechterung der Lebenshaltung fest. So waren die Tariflöhne der deutschen Buchdrucker bereits im August 1921 mit einem Fehlbetrag von 14 Goldpunkten hinter dem Stand der Lebensmittelpreise zurückgeblieben.

Anderer liegen die Dinge in England. Die Untersuchung beschäftigt sich hier mit vier Gewerbegruppen: dem Baugewerbe, der Metallindustrie, dem Holzgewerbe und der Papierindustrie. Bei einer Durchschnittsberechnung stellt sich heraus, daß im August der Lohnindex allgemein um 28,81 Goldpunkte über dem Lebensmittelpreis stand. Das bedeutet, daß die Kaufkraft der Löhne in England nicht unerheblich besser ist als in der Vorkriegszeit.

Ebenso in Frankreich und Amerika. Dort stand der Lohnindex um 18 bzw. 50 Goldpunkte über dem Lebensmittelpreis. Deutschland ist also das einzige der fünf Länder, in dem im August die Lebenshaltung der Arbeiter hinter dem Zustand der Vorkriegszeit zurückstand. Verglichen mit dem

### Die Unterzeichnung des Viererabkommens

CC. Washington, 14. Dezember.

Das Abkommen über den Pazifischen Ozean wurde gestern vor Mittag um 11 1/2 Uhr unterzeichnet. Als erster unterzeichnete Staatssekretär Hughes, ihm folgten die Senatoren Lodge, Underwood und Root, sodann die englische Abordnung, von Arthur Balfour geführt, und als französischer Vertreter René Flandin. Da die anderen französischen Delegierten abwesend waren, kann das Abkommen noch nicht als endgültig unterzeichnet betrachtet werden. Die japanische Abordnung mit Baron Kato an der Spitze unterzeichnete als letzte.

Der Vertrag ist in englischer und französischer Sprache abgefaßt. Es wurde ferner folgender Zusatzvertrag unterzeichnet: In dem

### Eine unwürdige Komödie

Oesterreich bleibt der Abstimmung fern

Wir hatten gestern eine Wiener Meldung wiedergegeben, wonach die Botschafterkonferenz dem Ansuchen der deutsch-österreichischen Regierung entsprochen und die auf den 14. bzw. 16. Dezember festgesetzte Abstimmung in Oedenburg auf einen späteren Termin hinausgeschoben hätte, um eine gerechte Abstimmung zu ermöglichen. Wie jetzt das Ungarische Teleg. Korrespondenzbureau meldet, hat General Ferraris, der Präsident der Interalliierten Generalkommission in Oedenburg, dem Oberregierungsminister Guilleaume die Entscheidung der Generalkommission mitgeteilt, demzufolge mit der Abstimmung in Oedenburg am Mittwoch, den 14., um 8 Uhr vor Mittag, unter allen Umständen angefangen wird.

Dazu schreibt die Wiener Politische Korrespondenz: Im Ministerium des Äußeren sind in den späten Abendstunden Nachrichten eingelaufen, nach denen die Interalliierte Generalkommission in Oedenburg trotz der ihr von der Botschafterkonferenz erteilten Ermächtigung eine Verschiebung der Abstimmung in Oedenburg nicht durchzuführen geneigt ist. So daß mit der Abstimmung am 14. Dezember gerechnet werden muß. Gestützt auf die ihr von ihrem Delegierten in Oedenburg zugekommenen Berichte, nach denen in keiner Weise ein auch nur den primitivsten Begriffen der Unparteilichkeit und Freiheit einer Abstimmung entsprechender Vorgang gemächlichkeit ist, hat die Bundesregierung im Einvernehmen mit allen politischen Parteien der Nationalversammlung beschlossen, an der Volksabstimmung nicht teilzunehmen, die Abstimmungskommission abzuberufen und das Ergebnis der Abstimmung nicht anzuerkennen, falls die Generalkommission an ihrem Standpunkt festhalten sollte. Sollte die Generalkommission an dem von ihr beschlossenen Termin festhalten, so wird die Regierung die ihr zur Verfügung stehenden Materialien, die in einwandfreier Weise den Nachweis erbringen, daß entgegen dem Benediger Protokoll die Abstimmung weder formell noch sachlich durchgeführt ist und aller Voraussetzung einer freien Willensbetätigung der Bevölkerung entgegen, dem Nationalrat vorlegen. Die Öffentlichkeit wird dann beurteilen können, daß die Österreichische

Regierung alles getan hat, um sowohl ihre Pflicht gegenüber ihrem Lande zu erfüllen als auch den Bestimmungen und dem Geist des Protokolls von Benedig gerecht zu werden.

### Das deutschösterreichische Heerwesen

Wien, 13. Dezember.

Im Nationalrat gelangte in Fortsetzung der Budgetberatung das Kapitel „Heerwesen“ zur Verhandlung. Der Sozialdemokrat Deutsch hob hervor, daß die Besetzung des Bürgerlandes zeige, daß Oesterreich wirklich eine Wehrmacht brauche. Trotz der mangelnden Ausrüstung habe die Wehrmacht die Grenzen behauptet, die Arbeiterkassen betrachte die Wehrmacht als Schutz der republikanischen Freiheiten und sie hoffe, daß die bestehende Waffenbrüderschaft zwischen dem arbeitenden Volke und der Wehrmacht immerdar fortbestehen werde.

Der Christlich-Sozialer Herzabek wies den Sozialdemokraten vor, daß sie das Heer zu parteipolitischen Betätigung getrieben hätten. Großdeutscher Wanel erklärte, es gäbe heute keinen Politiker, der nicht überzeuge wäre, daß die Truppen in der Verteidigung der Republik die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt hätten.

### Die oberschlesischen Verhandlungen

Beuthen, 13. Dezember.

In Fortsetzung ihrer gestrigen Besichtigungsreise nahm die Kommission für das Eisenbahnen und die zukünftigen Grenzbahnhöfe im südlichen Abschnitt in Augenschein. Gleichzeitig fand in einem Untersuchungsausschuß eine allgemeine Aussprache über die Verhältnisse statt. Die Kommission für Wasser und Elektrizität hat nach Erörterung von technischen Einzelheiten über die Wasserversorgung der Stadt Beuthen sich der Behandlung der Elektrizitätsfrage zugewandt. In der Kommission für das Zollwesen sind die Verhandlungen soweit gefördert, daß heute bereits zur Erörterung besonderer Bestimmungen über den Grenzverkehr für die Übergangszeit geschritten werden konnte. Die Kommission für Bergwerksangelegenheiten konnte ihre Arbeiten soweit fördern, daß heute das letzte Thema, die Frage der Eis- und Zinklerze, zur Verhandlung gestellt werden konnte.





